

# Der freie Schwarzwälder

## Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

### Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 41

Erscheint Werktags

Verlagspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post im Nachbortarifsverkehr 2,15 Mk., in Württemberg 2,35 Mk. vierteljährlich, hiezu Bestellgeld 10 Pfg.

Anzeigen 8 Pfg. von anderwärts 10 Pfg. die Ware monatlich oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Zeile. Bei Inseraten, wo Anstalt in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 10 Pfg.



Nr. 40

Montag, den 18. Februar 1918.

35. Jahrgang

### Wochenrundschau.

Am 9. Februar morgens 2 Uhr ist der Friedensvertrag mit der Volksrepublik Ukraine unterzeichnet worden. Das war eine große Freude für die Mittelmächte und ihre Verbündeten: Die erste Breishe in dem Hungerungsring, den man um uns geschlossen, der erste Abfall von dem Not- und Todvertrage, mit dem man uns erdrosseln wollte. Mais, Weizen, Kohlen, Eisen, Wein, Tabak und andere Schätze in einem reichsegneten Land mit 700 000 Quadratkilometern und 40 Millionen Einwohnern uns erschlossen, bei einem Volk, mit dem wir fortan „in Frieden und Freundschaft“ leben wollen und können. Darüber große Wut bei der Entente. Selbstverständlich verweigert England die Anerkennung des Friedensschlusses. Also muß er für uns gut sein. Die Neutralen freuen sich mit uns darüber, und sogar westschweizerische Blätter bezeichnen die frohe Tatsache als das „greifbarste Ereignis des Sieges der Mittelmächte“, das ungeheure moralische Wirkungen auf die Völker der Erde ausüben werde.

Der „Frieden mit Rußland“, der gar kein Frieden ist, sondern das Gegenteil, hat fast zwei Tage lang das deutsche Volk genarrt. Es ist nicht zu verstehen, wie der amtliche Telegraph nach den Sitzungen vom 9. und 10. Februar in Breslau die Nachricht ohne jeden erläuternden Zusatz hinausgeben konnte, die Petersburger Regierung sehe den Krieg als beendet an. Aus dem erst am 14. Februar abends bekannt gegebenen Verlauf jener Verhandlungen geht hervor, daß Trojki in der ganzen Zeit, seit er unbilligerweise an den Friedensverhandlungen in höchstzweifelhafter Person teilnahm, noch nie so anmaßend und ungerochen sich benommen hat, wie gerade am 9. und 10. Februar. Durch die amtliche Meldung mußte das deutsche Volk in den Irrtum verführt werden, als ob der Krieg mit Rußland auf Grund der Friedensverhandlungen beigelegt sei. Wie wegen die Dinge in Wirklichkeit? Trojki wollte nicht mehr, wo aus und ein, er selbst hatte sich den Boden unter den Füßen weggezogen, durch den Abschluß des ukrainischen Friedens sah er sich vollends um jeden greifbaren Halt gebracht. Wenn es ihm je einmal darum zu tun gewesen wäre, das kaiserliche Programm der Bolschewiki in seinem Hauptteil, der Verbeisführung des Friedens für Rußland, wahr zu machen, so hätte er jetzt zugreifen müssen. Aber den Trojki, Lenin, Kamenev, Nadel, Litwinow, Krylenko und wie die Petersburger Mächte alle heißen, ist der Frieden höchst gleichgültig, sie wollen die vernichtende Revolution, Revolution in Rußland, in Deutschland, in der ganzen Welt. Als daher Trojki keine Möglichkeit mehr sah, seine Revolutionsreden von Breslau aus an die Welt fortzusetzen, da warf er den ganzen Verhandlungsapparat den Vorführern der Mittelmächte vor die Füße. Er wollte keinen Krieg mehr und das russische Heer werde abgerufen. Wie Trojki das versteht, hat der Revolutionsführer Krylenko verraten: das alte russische Heer müsse aufgelöst, dagegen ein Heer der Roten Garde von zwei Millionen geschaffen werden, groß genug, um Wilhelm (den deutschen Kaiser) und Kaledin zu vernichten.

Es wird sich jetzt nur fragen, wie lange die Bolschewiki noch ihr Schreckensregiment werden fortführen können. Ihre wildfanatische Haß gegen alles, was ein geschichtliches Dasein hat, treibt sie von einer Torheit zur andern. So haben sie durch den Diebstahl alles Privatvermögens sich in allen Volksteilen Rußlands verhaßt gemacht; der Raub des Kirchenguts hat den Bannfluch des Moskauer Metropoliten zur Folge gehabt, eine Maßregel, die im orthodoxen Rußland sehr viel zu bedeuten hat. Dem Staatsbankrott, durch den die verschiedenen auswärtigen Staatsgläubiger um rund 55 Milliarden betrogen werden sollen, haben die Bolschewiki eine Gefährdung verschaffen. In der großen Haß der erbitterten Feinde innerhalb des ehemaligen russischen Reichs werden nun auch noch die ehemaligen Verbündeten kommen, die die Hauptlasttragenden waren, wenn der sinnlose Gewaltstreik überhaupt aufrecht zu erhalten wäre, was man billig bezweifeln kann. Mit dem Ende der Bolschewiki, das wohl nicht mehr ferne ist, wird auch der „Staatsbankrott“ verschwinden und an seine Stelle das treten, was man im Geschäftsleben ein „Arrangement“ nennt, eine „tätliche“ Abfindung.

Das Verhältnis Deutschlands und der übrigen Mittelmächte zur russischen Regierung hat durch die Erklärung Trojki entschieden gewonnen; es ist klarer geworden. Der Waffenstillstand ist durch diese Erklärung aufgehoben und der Kriegszustand für Deutschland wieder zu Recht geworden. Deutschland hat wieder freie Hand bekommen und es wird davon, wo nötig, Gebrauch machen. Der Fall kann schon bald eintreten. Es geht nicht an, daß der Zustand: halb Krieg, halb Frieden gegen Osten noch länger andauert, es muß endlich einmal dem besiegten Feinde gegenüber reiner Tisch gemacht werden. Dann aber ist die Nachricht nicht unwahrscheinlich, daß die Bolschewiki nun ihre ganze Macht einbringen werden, um sich an den Ukrainern zu rächen, das Land und seine Vorräte in ihre Gewalt zu bringen. Es liegt auf der Hand, daß die Mittelmächte das nicht dulden können und daß sie der Ukraine ihren Schutz gewähren müssen. Bei den Besprechungen im Großen Hauptquartier, die in den letzten Tagen stattfanden, soll neben anderen schwebenden Fragen der hohen Politik auch die Notwendigkeit ins Auge gefaßt worden sein, die russische Regierung zum Frieden zu zwingen und im Sinne und Geist des Friedensschlusses vom 9. Februar die Sicherheit des ukrainischen Staatswesens zu verteidigen. Entschließen sich die Mittelmächte zu dem Schritte, der angesichts der Haltung der bolschewistischen Regierung kaum zu vermeiden ist, so dürfte die nächste Folge sein, daß auch Schweden sich veranlaßt sieht, dem bedrängten Finnland zu Hilfe zu kommen.

Herr Wilson hat die Antwort auf die Reden des Reichsfanzlers und des Grafen Czernin in einer neuen Botschaft an den Kongress gegeben. Er war schwer verärgert durch die Verletzung des großen Dampfers „Tuscania“, auf dem amerikanische Truppen nach Europa gebracht wurden. Aber er ließ sich das in seiner Antwort nicht anmerken, wemgleich er auch an die arme Tuscania dachte, als er verlangte, Deutschland müsse wegen seiner Untaten vor einen Weltgerichtshof gestellt werden, der natürlich unter seinem Vorsitz zusammenzutreten würde. Zur übrigen brachte er alle die bekannten Nebenarten vor, die gegen Deutschland sich verorten lassen, so das berühmte „Selbstbestimmungsrecht der Völker“, das aber nur für die Mittelmächte Geltung hat; der Friedensschluß sei nicht eine Sache der Kriegführenden unter sich, sondern Sache die ganz Menschheit an. Von einem solchen Weltkongress unter einer Führung verspricht sich Wilson ein besonders wichtiges Mittel, Deutschland davor einzuschützen. Der amerikanische Kongress fand die Ansichten Wilsons ausgezeichnet.

Weniger Beifall fand Lloyd George im englischen Unterhaus, als er am Tage nach Wilsons Botschaft seinerseits eine Antwort an Graf Hertling und Czernin geben wollte. Im Hause der Gemeinen, wie das Unterhaus eigentlich heißt, herrschte so etwas wie Krisenstimmung. Gegen Lloyd George wird der Vorwurf erhoben, daß er aus Herrschsucht und Bessersücherei den Obersten Kriegsrat der Verbündeten geschaffen habe, der die englischen Vorkämpfer General Haig und Generalstabchef Robertson bevorzugen, worunter das Heereswesen und die Kriegsführung vorleide. Ferner steht er im Verdacht, aus verächtlicher Abneigung gegen diese Generale mit den Alliierten ein Abkommen getroffen zu haben, wodurch einem französischen General (Haig) der oberste Befehl über die gesamte Streitmacht der Alliierten übertragen werden sollte. Endlich habe er trotz des Widerspruchs von Haig und Robertson einen neuen erweiterten Feldzugsplan gegen die Türkei anbefohlen wollen. Die von Lloyd George angeblich verhängte Unterordnung der englischen Heeresleitung unter einen Franzosen, trifft den Engländer aber an einer empfindlichen Stelle: an seinem nationalen Selbstgefühl. Der intime Feind Lloyd Georges, sein Vorgänger Asquith stellte nun, nachdem er mit feindlicher Absicht den Generalen Haig und Robertson Anerkennung gesollt hatte, im Unterhaus an Lloyd George eine Anfrage über die in Versailles beschlossene Erweiterung der Befugnisse des Obersten Kriegsrats (der von Asquith überhaupt als eine ungeschickliche Einrichtung betrachtet wird) und darüber, welche Veränderungen unter den Vorschlägen des Oberbefehls vorgenommen worden seien. Lloyd George sprach in seiner Antwort zunächst von den Absichten des Verbands. England könne von einem „gerechten und gemäßigten Kräftepaar“ nicht ablassen; der Feind müsse „trotz“ fortgesetzt werden.

Lloyd George behauptete das viel schärfer als Wilson — bis Deutschland zur Unterwerfung bereit sei. Dann ging er in langer Rede auf den Obersten Kriegsrat ein. Aber was er mit vielen Worten sagte, war nur die Begründung, daß er nichts sagen dürfe. Wenn das Unterhaus damit nicht einverstanden sei, müsse es sich eine andere Regierung wählen. Die Stimmung war nun allgemein so, daß es gar nicht unwahrscheinlich ist, daß das Unterhaus sich wirklich eine andere Regierung wählen und das Wort jenes Ministers sich bewahrheiten wird, daß der Friedensschluß von Lloyd George nicht unterzeichnet werde. Es herrscht Krisenstimmung in England.

Die Polen sind unzufrieden, weil im ukrainischen Friedensschluß das Gouvernement Cholm der Ukraine zugesprochen worden ist, und das Ministerium Kucharski hat dem Regentenschatzrat sein Entlassungsgesuch überreicht. Das Cholmer Land ist ein alter Streitapfel zwischen Polen und Rußland, wie das Gebiet von Grodno und Wilna zwischen Polen und Litauen. Nach dem Friedensvertrag sollen die alten Grenzen zwischen der Ukraine und Oesterreich-Ungarn bestehen bleiben, also sollte auch der Teil Ostgaliziens, der von Ukrainern bewohnt wird, trotz des „Selbstbestimmungsrechts“ Oesterreichisch bleiben. Dafür mußte das Cholmer Land, das früher polnisch, seit 1815 aber russisch war, bei Rußland d. h. jetzt bei der Ukraine bleiben. Die Polen verlangen es für sich, wie sie Polen und Danzig verlangen. Die nähere Grenzfestsetzung wird nach Artikel 2 des Friedensvertrags unter genauerer Berücksichtigung der Wünsche der Bevölkerung erst noch erfolgen, aber so viel läßt sich jetzt schon sagen, daß zu weit gehende Wünsche der Polen, die für ihre eigene Befreiung keinen Finger gerührt haben, ihrer Sache nicht dienlich sein können.

### Der Krieg zur See.

Berlin, 15. Febr. Im mittleren Teil des Mittelmeeres sind 3 Dampfer und 3 Segler versenkt worden. Am 31. Januar hat eines unserer Tauchboote die deutsche Fabrik Arenella bei Palermo auf nahe Entdeckung erfolgreich beschossen.

### Neues vom Tage.

#### Die Wahlrechtsreform.

Berlin, 15. Febr. Der Verfassungsaußschuß des preuß. Landtags hat den Paragraphen 1 der Vorlage Wahlrecht jedes preuß. Staatsbürgers, der das Staatsbürgerrecht seit 3 Jahren besitzt und 25 Jahre alt ist angenommen. Minister Deans führte aus, aus grundsätzlichen Erwägungen seien die Frauen vom Wahlrecht ausgeschlossen. Die Stellung der Frau sei von der des Mannes verschieden. Die Frau gehört nicht in die Politik hinein. Zur Frage des gleichen Wahlrechts haben die Konservativen einen Antrag eingebracht, daß das Abgeordnetenhaus aus 450 Mitgliedern bestehen soll, von denen 200 in allgemeinen, geheimen und direkten Wahlen nach dem Mehrstimmensystem, 114 in berufständischen geheimen und indirekten Wahlen gewählt werden. Jeder Wähler soll zwei Stimmen haben, eine für die allgemeine, eine für die berufständische Wahl. Für die allgemeine Wahl wird je eine Instanz erworben durch das Lebensalter, das Vermögen, das Einkommen, die selbständige Erwerbstätigkeit, das Grundbesitz und der Schulbildung.

#### Reichstagsersatzwahl.

Koblenz, 15. Febr. Bei der Ersatzwahl im Wahlkreis Koblenz-St. Geog hat der Zentrumskandidat Generalleutnant z. D. Frhr. v. Steinacker in Boppard 3836 Stimmen, der katholische Pfarrer Greber in Koblenz 3781 Stimmen erhalten. Die Ergebnisse aus einigen kleinen Orten fehlen noch. Die Wahl ereignet Aufsehen, weil dem offiziellen Zentrumskandidaten ein katholischer Geistlicher gegenübersteht.

#### Berurteilung.

Stettin, 15. Febr. Das Kriegsgericht beurteilte den früheren sozialdemokratischen Parteiführer August Horn wegen versuchten Landesverrats anlässlich der Streikbewegung zu 5 1/2 Jahren Gefängnis. Vier weitere Angeklagte erhielten je 1 Monat Gefängnis.





**Galizien ganz von den Russen befreit.**  
Wien, 14. Febr. Gemäß dem Artikel 2 des ukrainischen Friedensvertrages ist gestern die Stadt Proskawitz (Galizien) wieder von einem österreichischen Jägerbataillon besetzt worden, nachdem sie seit den letzten 24 Tagen 1916 in russischen Händen gewesen war.

### Wieder eine Antwort.

Wien, 15. Febr. Nach der „B. Z.“ wird Graf Czernin auf die Botschaft Wilsons antworten.

### Hilferufe aus Livland.

Berlin, 14. Febr. Wie dem „Volkswagen“ aus Riga berichtet wird, eilt die Lage der von Deutschland ihre Rettung erhoffenden Deutschen und Esten in Livland und Estland der Katastrophe zu, wenn nicht Rettung in letzter Stunde kommt. In Reval sind von den maximalsten 3000 Deutsche und Esten verhaftet worden. Die Frauen befinden sich getrennt von ihren Kindern im Schloß, die Männer in Kinos. In Dorpat wurden etwa 280 Männer verhaftet. Weiteren Verhaftungen sind aus Fellin gemeldet.

### Das ist ganz etwas anderes.

London, 15. Febr. Wie die „Morning Post“ berichtet, haben die Irländer an Lloyd George eine Antrags wegen der Anwendung des „Selbstbestimmungsrechtes der Völker“ auf Irland gerichtet.

### Koffre Mitglied der Akademie.

Paris, 15. Febr. Marshall Joffre wurde einstimmig zum Mitglied der französischen Akademie gewählt.

### Solo zum Tode verurteilt.

Paris, 15. Febr. (Hayas.) Das Kriegsgericht hat den Agenten Solo wegen Landesverrats einstimmig zum Tode verurteilt. Der Mitangeklagte Prochere wurde zu 3 Jahren Gefängnis, Cavallini in Abwesenheit zum Tode verurteilt.

### Der gefährliche Einfluß der Geistlichen.

Berlin, 15. Febr. Nach zuverlässigen Nachrichten hat die französische Regierung eine Bestimmung erlassen, die den Militärgeistlichen verbietet, sich bei den französischen Regimentern aufzuhalten, da man ihren Einfluß fürchtet.

### Zivildienst in Italien.

Rom, 15. Febr. Ein Kgl. Erlass ordnet für Landwirtschaft, Industrie, Staatsdienst usw. den Zivildienst an. Für den Fall, daß das Angebot Freiwilliger ungenügend ist, behält sich die Regierung die Einführung des Zwangs vor.

### Hungerrevolten in England.

W.D. Berlin, 15. Febr. Nach Berichten von Seeleuten fanden in der zweiten Jahreshälfte in den englischen Städten Cardiff, Newport, Manchester und Liverpool schwere Ausschreitungen wegen Lebensmittelmangels statt. In Hull griffen australische Truppen ein, wobei über 100 Personen verwundet wurden.

### Postdienst in Amerika.

W.D. Washington, 15. Febr. Das Postamt fordert zu Angeboten von 5 Luftfahrzeugen auf, die einen vom 1. Mai an anzunehmenden, beständigen Postdienst zwischen den Städten Washington und New York über Philadelphia bieten sollen. Der Kongreß bewilligte für diesen Postdienst 100.000 Dollars. Jedes Luftfahrzeug soll 300 Pfund Postfach, 200 Meilen (320 Kilometer) weit ohne Unterbrechung der Fahrt tragen können.

## Die Wirren in Rußland.

### Hilfe für die Ukraine.

Berlin, 15. Febr. Der „Volkswagen“ berichtet, der Wiener Berichterstatter des Rudaposters „Uzgay“ melde, der Friede mit Rumänien sei eine Frage von einigen Tagen. Der Ukraine werde wahrscheinlich militärische Hilfe gesandt werden zur Regelung des Warenverkehrs und gegen etwaige Angriffe der Bolschewiki. Den Nachrichten aus Rußland sei zu entnehmen, daß die Tage der Bolschewiki gezählt seien.

Berlin, 15. Febr. Die deutsche Sonderkommission nach W.D. aus Petersburg voraussichtlich zurückberufen werden, da die russische Regierung, besonders Lenin und Trotzki, unter allerlei Vorwänden den Verhandlungen aus dem Wege zu gehen sucht.

Petersburg, 15. Febr. Gegen die Absicht der Regierung, die deutschen Kriegsgefangenen aus Petersburg nach Orenburg (südl. Ural) verbringen zu lassen, hat die deutsche Kommission in Petersburg (Graf Wittgenstein) scharfen Einspruch erhoben.

Paris, 15. Febr. Der „Matin“ meldet aus Stockholm, 200 Bolschewiki seien aus Schweden ausgewiesen worden. Die russische Sondergesandtschaft unter Kamenent (eigentlich Federbaum) sei aufgefordert worden, Schweden so rasch als möglich zu verlassen.

## Der Weltkrieg.

W.D. Großes Hauptquartier, 16. Febr. (Amtlich.)

### Westlicher Kriegsschauplatz:

In einzelnen Abschnitten Artillerietätigkeit, die sich in der Champagne zwischen Tahnre und Ripont an Abend verschärft. Kleinere Unternehmungen unserer Infanterie in Flandern und östlich Sant Michel hatten Erfolg.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.  
Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff

W.D. Großes Hauptquartier, 17. Febr. (Amtlich.)

### Westlicher Kriegsschauplatz:

#### Seezugsgruppe Kronprinz Rupprecht:

In Flandern und im Artois vielfach ausleben der Feuerkampf. In kleinen Infanteriegefechten bei Cherisy und südlich von Marcolay wurden Gefangene eingebracht.

#### Seezugsgruppe deutscher Kronprinz:

und

#### Seezugsgruppe Herzog Albrecht:

Bei Tahnre und Ripont, auf dem östlichen Maasufer und im Sandgau zeitweise erhöhte Gefechtsintensität.

Unsere Flieger haben in der letzten Nacht London, Dover, Dünkirchen, sowie feindliche Seestreitkräfte an der französischen Nordküste mit Bomben angegriffen.

### Ostlicher Kriegsschauplatz:

#### Großrussische Front:

Der Waffenstillstand läuft am 18. Februar 12 Uhr mittags ab.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff

Der Waffenstillstand mit dem Lande der Großrussen geht am Montag, den 18. Februar, mittags 12 Uhr zu Ende. Mit einem Gefühl der inneren Befreiung nimmt man diese Mitteilung aus dem letzten Tagesbericht entgegen. Zwei volle Monate sind in Brest Litowsk in den „Verhandlungen“ mit den Bolschewiki verlorren worden, zwei Monate, die kein Mahnesblatt in der Geschichte des Weltkriegs darstellen. Die Großrussen d. h. die Maximalisten rufen aufs neue zum Kampf. Die Erklärung Trotzki, daß die Smolny-Regierung — sie wird die Bolschewiki-Regierung nach dem Hause, in den sie sich als Ganzes niedergelassen hat, dem Smolny Institut, auch genannt — unverzüglich die Abrüstung beschließen werde, war arglistiger Betrug. Der Befehl wurde wohl hinausgegeben, drei Stunden darauf aber widerrufen. Die russischen Frontsoldaten sollen durch hohen Papiergeld oder durch Hunger gezwungen werden, sich in die rote Garde aufzunehmen zu lassen. Die Anwerbungen haben aber bis jetzt nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Mit General Kaledin, auf dessen Kopf eben noch ein Preis gesetzt war, weil er für den Zarismus und gegen die Revolution arbeite, wollen Lenin und Trotzki ein Bündnis schließen, um den „gemeinsamen Feind“ zu bekämpfen. So lange es Staatswesen in der Weltgeschichte gibt, ist ein solcher Schwindel und Betrug noch nicht da gewesen. Es ist hohe Zeit, daß dem bolschewistischen Unwesen, das überall nur verwüßt und zerstört, ein gründliches Ende gemacht wird. Der Ablauf des Waffenstillstands wird die Dinge im Osten voraussichtlich wieder in Fluß bringen. Was werden aber die unzuverlässigen Polen tun? Wie werden die Rumänen, die immer noch unschlüssig sind, sich verhalten? In Wien ist man, wie seit vorigen November immer, von dem besten Optimismus besetzt. Wir kühleren Deutschen betrachten die Lage ernster, im Grunde aber auch hoffnungsvoller.

Der bayerische Fliegerleutnant Erwin Haertl auf München hat ein heldenhaftes Ende gefunden. Im Luftkampf tödlich getroffen, hat er in einer Höhe von 2700 Meter, im Flugzeug stehend, nach den englischen Fliegern, die unter ihm steuernd den tödlichen Schuß abgegeben hatte, durch einige wohlgezielte Kugeln zum Absturz gebracht und dann sein eigenes Flugzeug umverkehrt durchgebracht. Er landete innerhalb unserer Linien, um kurz darauf an seiner Verwundung zu sterben.

## Die Ereignisse im Osten.

### Der Waffenstillstand getündigt.

Berlin, 16. Febr. In einer amtlichen Mitteilung stellt die kaiserliche Regierung fest, daß die Petersburger Regierung durch ihr Verhalten den Waffenstillstand tatsächlich getündigt hat. Diese Kündigung ist als am 10. Februar erfolgt anzusehen. Die deutsche Regierung muß sich demgemäß nach Ablauf der vertraglich vorgezeichneten siebenstägigen Kündigungsfrist freie Hand nach jeder Richtung vorbehalten.

Der deutsche Sondergesandtschaft, sowie die Ausschüsse der verbündeten Staaten haben Petersburg verlassen und sind heute morgen auf dem Rückweg durch die deutsche Linie gekommen.

Wie verlautet, soll bei den Besprechungen im Großen Hauptquartier vereinbart worden sein, daß Deutschland die Aufrechterhaltung der Ordnung an der Nordfront, Oesterreich-Ungarn dagegen in der Ukraine übernehme.

Berlin, 16. Febr. Aus Petersburg wird der „Deutschen Tageszeitung“ gemeldet: Die Smolny-Regierung trifft nach Berichten der maximalistischen Presse Vorbereitungen, die auf Wiederaufnahme der Feindseligkeiten an der Front hindeuten.

### Die Polen.

Berlin, 16. Febr. Der polnische Regenthschaftsrat und das zurückgetretene Ministerium erlassen je einen Aufruf an die polnische Nation, in dem gegen die Ueberlassung von Cholm an die Ukraine protestiert wird. Der Warschauer Gemeinderat fordert auf, im Kampf um den unabhängigen, geeinten demokratischen polnischen Staat nicht müde zu werden.

## Der Krieg zur See.

Berlin, 16. Febr. Nach dem erfolgreichen Ausfall der deutschen Torpedoboote in der Nacht vom 14. auf 15. Februar, wobei im Kanal verschiedene englische Wachtschiffe vernichtet wurden, haben in der Nacht vom 15. zum 16. Februar ebenfalls leichte deutsche Streitkräfte einen Streifzug in den östlichen Teil des Nerebellkanals durchgeführt. Die bisher umfangreiche Bewachung in der Straße von Dover—Calais und in der Linie Kap Gris-

nez—Tollstone war nicht mehr vorhanden. Das von Dover wurde ein Vorpостenboot angetroffen und durch Geschützfeuer versenkt. Unsere Streikräfte sind ohne Verluste zurückgekehrt.

Am 16. Februar griffen unsere Flugzeuge in den südlichen Horden englische Wasserflugboote an, die einen von England nach Rotterdam führenden Geleitzug begleiteten. Eines der Flugboote wurde durch Oberleutnant zur See d. R. Christensen brennend zum Absturz gebracht.

Im Nerebellkanal wurden gestern 19.000 BRT. D. V. versenkt.

Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz wurden von unseren Tauchbooten 6 Dampfer versenkt, darunter zwei mittelgroße Taudampfer dicht unter der englischen Ostküste.

London, 16. Febr. (Amtlich.) Ein feindliches Tauchboot eröffnete heute morgen 12 Uhr 10 Minuten das Feuer auf Dover und verschob ungefähr 30 Granaten in 3—4 Minuten. Ein Hund wurde getötet, drei Männer, eine Frau und drei Kinder wurden verletzt. Einige Häuser sind nicht ernstlich beschädigt. (Anmerkung des W.D.: An zuständiger Stelle ist hierüber nichts bekannt.)

Rotterdam, 16. Febr. „Maasbode“ meldet: Der englische Dampfer „Factor“ ist in der Nähe von Baerum (Dänemark) nach einem Zusammenstoß mit dem englischen Dampfer „Macotiv“ auf den Strand gesetzt worden.

## Neues vom Tage.

### Die Zusammenziehung des Reichstags.

Berlin, 16. Febr. Nach dem Entwurf eines Gesetzes über die Zusammenziehung des Reichstags und die Verhältnißwahl in großen Reichstagswahlkreisen, der am 16. Februar die Zustimmung des Bundesrats gefunden hat, soll die Mitgliederzahl des Reichstags auf 441 (bisher 397) erhöht werden. Die Stadtgebiete Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., München, Dresden und das Hamburger Staatsgebiet bilden je einen Wahlkreis. Weiter werden proportionale Wahlkreise gebildet für Köln, Düsseldorf, Elberfeld, Essen, Duisburg, Hannover, Leipzig und Stuttgart. Ferner gilt das Verhältniswahlverfahren für die Wahlkreise Niederbarnim, Teltow, Königshütte, Hindenburg, Nie. Reddinghausen, Bochum, Dortmund, Nürnberg, Chemnitz, Mannheim je 4, Köln, Breslau, Duisburg, Dortmund, Essen, Niederbarnim, München und Dresden je 3 Abgeordnete, die übrigen genannten je 2.

### Maßnahmen gegen den Geburtenrückgang.

Berlin, 16. Febr. Der bevölkerungspolitische Ausschuss des Abgeordnetenhauses, der zur Beratung eines Antrages Dr. Forst (Centr.) über Maßnahmen gegen den Geburtenrückgang eingeladen worden ist, hat seine Beratungen aufgenommen. Das Ministerium des Innern hat eine Denkschrift über diese Frage ausgearbeitet. Im Anschluß kündigte die Regierung an, daß dem Reichstage eine Vorlage betr. die Verringerung der Wählkreise vorgelegt werden werde. Sie sollte auch mit, daß der Geburtenrückgang im Kriege weit höher sei als die Zahl der Verfallenen und daß die Geburtenzahl auch nach dem Kriege den früheren Stand nicht erreichen dürfte. Als notwendige Maßnahmen werden angeregt: Besoldungsreform, Wohnungsreform, Versicherung wohlfeiler Gesundheits- an junge Ehepaare, Kinderprämien. Für die Frage der Möbelbeschaffung wurde ein Unteranschuß eingesetzt.

### Arbeitervertreter im Großen Hauptquartier.

Berlin, 17. Febr. Eine Abordnung des Verbandes katholischer Arbeitervereine, die Ludendorff der unverbrüchlichen Treue versichert und einige Wünsche vorgebracht, fand weitgehendes Verständnis und Entgegenkommen für die begründeten Forderungen des arbeitenden Volkes. Generalfeldmarschall von Hindenburg ermunterte sie, ihre nützliche Arbeit im Geiste des Friedens und zum Heile des bedrohten Vaterlandes fortzusetzen.

### Deutscher Industrierrat.

Berlin, 16. Febr. Heute vormittag ist hier der Deutsche Industrierrat, die oberste Interessenvertretung der deutschen Industrie, in Gegenwart von Vertretern der Reichs- und Staatsbehörden begründet worden. Er wird gebildet von den Vertretern des Zentralverbandes der deutschen Industriellen, des Bundes der Industriellen und des Zentralvereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie. Er besteht aus 54 Mitgliedern. Je 25 Mitglieder werden vom Zentralverband und vom Bund und 4 Mitglieder von dem Chemischen Zentralverein entsandt. Den Vorsitz im Industrierrat werden die Vorsitzenden des Bundes der Industriellen und des Zentralverbandes der Industriellen führen, Kommerzienrat Dr. Friedrichs und Kondrat a. D. von Höpfer. Aus dem Deutschen Industrierrat wird sich der preussische Industrierrat abspalten, dem das Vorschlagsrecht von Vertretern der preussischen Industrie für das Herrenhaus zusteht.

### Das 25jähr. Bestehen des Bundes der Landwirte.

Berlin, 16. Febr. Der Deutsche Landwirtschaftsrat beschloß in seiner 46. Vollversammlung ein Glückwunschtelegramm an den Bund der Landwirte anlässlich dessen 25jährigen Bestehens, worin gesagt ist: Der Bund der Landwirte hat im höchsten Grade dazu beigetragen, der gesamten deutschen Landwirtschaft die ihr gebührende politische Stellung im deutschen Wirtschaftsleben zu verschaffen. Möge es dem Bunde beschieden sein, auch in Zukunft, wo der Landwirtschaft vielleicht noch schwerere Kämpfe als früher bevorstehen, der deutschen Landwirtschaft zum politischen Siege zu verhelfen.

München, 16. Febr. Die studentische Gruppe der Vaterlandspartei der Münchener Universität ist vom akademischen Senat aufgelöst worden.

### Wiederwahl.

Solingen, 16. Febr. Bei der heutigen Abgeord-



nebenbei wurde der Staatsminister Preussberg als  
Vandringabgeordneter wiedergewählt.

### Reichstagsabgeordneter

**Noblenz, 16. Febr.** Bei der Wahl im Wahl-  
kreis Koblenz, 21. Gaue erhielt Pfarrer Wre der 3287.  
Stimmen, Generalmajor Freytag 2. Stimmkreis, dem  
offizielle Parteikandidat, 1000 Stimmen. Pfarrer  
Greber ist gewählt.

### Offizielle Bitte der Ukraine um Hilfe.

**Berlin, 16. Febr.** Die ukrainische Abordnung in  
Dresdener Vorstadt hat der deutschen Reichsregierung eine „Er-  
klärung an das deutsche Volk“ überreicht und gegen die  
Gewalttaten der Bolschewiki, die die Ukraine ausrauben  
und ihre Freiheit vernichten wollen, um die Hilfe  
des deutschen Volkes gebeten.

### Weitere Hilferufe aus dem Osten.

**Berlin, 16. Febr.** Die bevollmächtigten Vertreter  
der ethnischen Minderheiten der Ukraine, Pol-  
en, Litauer und des Donrussischen Bauernvereins sind  
in Danzig eingetroffen und haben die deutsche Regierung  
im Namen aller ethnischen Minderheiten der Ukraine  
um Hilfe gegen die Schreckensherrschaft der Bolschewiki  
und um sofortige Befreiung des Landes durch  
das siegreiche deutsche Heer gebeten. Ebenso haben die  
von Hapsburg Deutschen und deutschfreundlichen Esten  
gestern Abgeordneten sich an die deutsche Reichsregierung  
mit der Bitte um schnelle Befreiung des Landes gewandt,  
da sonst alles verloren sei.

Von einem Großgrundbesitzer, der schon aus der  
Ukraine über Warschau nach Berlin abgereist ist, erzählt  
die „Germania“, daß die Bolschewiki die in der Ukraine  
vorhandenen Getreidevorräte durch Feuerbrände ver-  
nichten.

### Flamen und Belgier.

**Brüssel, 16. Febr.** Der Rat von Flandern hat  
eine Kundgebung für die Selbstständigkeit Flanderns ver-  
anstaltet, die in ganz Flandern harten Widerhall fand.  
Darauf beschloß der belgische Appellhof in Brüssel, zwei  
Mitglieder des Rates verhaften zu lassen. Da dies aber  
eine rechtlich unzulässige Handlung darstellt, hat der  
deutsche Generalgouverneur angeordnet, daß die Verhafteten  
unverzüglich in Freiheit zu setzen sind. Das weitere  
Strafverfahren wird unterjagt. Den Mitgliedern des  
Appellhofs, die dabei mitgewirkt haben, ist die weitere  
Ausübung ihres Amtes verboten und drei von den vier  
Präsidenten sind nach Deutschland in Sicherheitshaft ab-  
geführt worden.

### Zweierlei.

**Paris, 17. Febr.** Der Erzbischof von Paris hat  
gegen die „militärisch-moralische“ Aufstellung Protest er-  
hoben. Dazu bemerkt WW, daß die Festung Paris  
nach wiederholten Warnungen als Strafe für die zahl-  
reichen Uebertreter auf offene deutsche Städte angegrif-  
fen worden sei. Die Verteilung der militärischen Be-  
standteile auf Paris müsse den militärischen Sachverständigen  
überlassen bleiben. Der militärische Erfolg des Angriffes  
auf Paris war ein durchschlagender. Von militärisch wichtigen  
Zielen wurden u. a. mehrere Untergrundbahnhöfe, Wasser-  
werke, Gasometer, Munitionsfabriken, Bekleidungs- und  
Stofflager, eine Brotfabrik und Lagerhäuser beschädigt  
oder zerstört.

### Lloyd George hat seinen Willen durchgesetzt.

**London, 17. Febr.** Wie Reuters meldet, hat Ge-  
neralstabchef Robertson sein Amt niedergelegt. Ge-  
neral Wilson ist zum englischen Generalstabchef er-  
nannt worden.

### Die englischen Arbeiter gegen den Streik.

**Amsterdam, 16. Febr.** Ein hiesiges Blatt er-  
fährt aus London: Die überwiegende Mehrheit des  
Metallarbeiterverbandes hat den Vorschlag, einen Pro-  
teststreik gegen die Regierungsvorschläge zum Mann-  
schaftsvertrag abzulehnen.

### Aus dem Reich der Entente-Fabel.

**Wien, 16. Febr.** Der „Wien. Bg.“ wird be-  
richtet, der russische Mitarbeiter der „Neuen Züricher  
Bz.“ verweise die Behauptung des „Welt Posten“,  
daß die vor der Revolution in der Schweiz lebenden  
russischen Revolutionäre Lenin, Trotzki u. v. von Deutsch-  
land selber zur Entfaltung des Umsturzes erhalten hät-  
ten, in das Reich der Fabel.

**London, 17. Febr.** (Reuters.) Heute hat der Pro-  
zess gegen Oberst Kepington, den militärischen Be-  
richterstatter der „Morning Post“, begonnen. Keping-  
ton hatte scharfe Angriffe gegen Lloyd George gerichtet,  
dem er Gewalttätigkeit und Unfähigkeit in der Verteilung  
der Kriegslagen vorwarf. (S. S. 1.)

### Wilson und Lloyd George.

**London, 16. Febr.** „Daily News“ erfahren aus  
Newport, die amerikanische Presse bemerke, daß Woodrow  
Wilson die Politik Wilsons unterstütze, während Lloyd George  
nicht mit Wilson einig sei. Was augenblicklich auf dem  
Spiel steht, sei die Einheit der englischsprechenden Welt.  
(Wir haben schon vor einiger Zeit auf den sich ent-  
wickelnden Gegensatz zwischen den beiden „englisch-  
sprechenden“ Diktatoren hingewiesen. S. S. 1.)

### Die Wirren in Rußland.

**Berlin, 16. Febr.** Die „Nordd. Allg. Bz.“ ver-  
öffentlicht ein Privattelegramm aus Stockholm, wonach  
die Zustände in Rußland grauenhaft seien. Gutgläubige  
Personen werden auf der Straße gezwungen, die Kleider  
abzulegen. Steuern werden nicht mehr bezahlt. Die Götter-  
lichen und Lehrer leben vom Bettel. Dagegen halten  
die Bolschewiki in den Schulen Reden, um die Kinder  
zum Ungehorsam gegen die Eltern anzureizen. Die  
Bauern werden nur soviel Getreide anbauen, als sie für  
sich brauchen.

In Finnland haust die rote Garde furchterlich.  
Heberall wird geraubt und geplündert. Alle „Bürger-  
schaften“ sind in Sicherheit geblieben.

### Eine Unterredung mit Prinz Max von Baden.

**Berlin, 16. Febr.** Seine Durchlaucht, Prinz Max  
von Baden hat dem Direktor des WTB, Dr. Mont-  
ler, eine Unterredung gewährt, über die letzterer wie folgt  
berichtet: Unser Gespräch kam zunächst auf den Frieden mit  
der Ukraine. Der Prinz sagte: Dieser Friede ist in  
vielerlei Hinsicht bedeutsam. Ich glaube, daß die Grün-  
dung der Ukraine sich in der europäischen Geschichte als  
eine dauernde Bereicherung bewähren wird. Aus der  
russischen Revolution führten zwei Wege, der eine zur Or-  
dnung, Ordnung und Freiheit, der andere zu Not und  
Massacres von Amts wegen. Die russischen Fremde-  
länder waren entschlossen, jenen ersten Weg zu beschrei-  
en und kämpfen nun heute um ihr Dasein gegen die Ver-  
weigerung der anderen Richtung. Hier mußte Deutschland sich  
entscheiden: Friede mit den Bolschewiki unter Preisgabe  
der sich ordnenden Nationalitäten oder Friede mit diesen  
Nationsvölkern, die nur das eine verlangen, sich in sauberen  
Verhältnissen konsolidieren zu können. Ich freue mich über  
die Entscheidung, wie sie gefallen ist. Die Bolschewiki, so  
weit sie aus Idealen bestehen, kämpfen für ein Ideal. Es  
kann in drei Worte zusammengefaßt werden: Ver-  
sicherung der Nationen. Ueberall da, wo um einer na-  
tionalen Aufgabe willen Bürger verschiedener Klassen und  
Stände ihre Kräfte zusammenschließen, überall da wollen  
sie leben und aufleben. Das gilt für Finnland so gut  
wie für Deutschland oder Frankreich oder England. Ihr  
Ziel heißt nicht mehr und nicht weniger als ganz Europa  
das Schicksal Finnlands bereiten. Es ist von jeder Deutschlands  
historische Aufgabe gewesen, ein Volk-  
werk gegen die zerstörenden Kräfte zu sein, die von Osten  
her drohten. Das taten wir 1915 auf dem Reichsfeld, 1911  
bei Viganj und 1914 bei Tannenberg. Hindenburgs  
Siege waren nicht nur Deutschlands Siege, es waren Euro-  
pas Siege. Wer das nicht bestritten hat, der hat auch  
nicht die Grundlage unseres Fortschritts in England begriffen.  
Ich kann nicht vergessen, mit welcher Behagen England sich  
1914 und 1915 ausmalte, wie die russische Dampfwalze  
Deutschland zermalmten werde. Nun heißt es wieder wach-  
sam sein gegen die große Gefahr, die von Osten her  
droht. Eine moralische Krise will sich in Be-  
wegung setzen. Wenn England und West drohen — und  
diese Gefahr gehört nicht bloß der Verantwortung an —  
dann müssen alle zivilisierten Völker gemeinsame Abwehr-  
maßnahmen ergreifen. Das heutige kühle Rußland  
hat einen Charakter, in alle Gebirge oder gebirgigen Staa-  
ten keine Aehnlichkeit hineinbringen. Es ist an der Zeit,  
daß man sich klar wird über die Abwehrmaßnahmen der  
anderen Länder. Er ist proklamiert ein Weltfrieden,  
das er herbeiführen will. Wegen Ideen muß man auch mit  
Ideen kämpfen. Gewiß, wir kämpfen für unser Dasein  
in unsere wirtschaftlichen Entwicklungsbedingungen,  
aber der Gedanke der Selbstbestimmung wenn er allein  
steht, löst große menschliche Kräfte aus. Wir  
müssen der Welt- und Ordnung Trost geben, die die  
Freiheit zerstört, eine Weltordnung entgegenstellen, die die  
Freiheit sichert. Deutschland soll es nicht erkennen,  
daß es das Glück und das Recht anderer Völker in seinen  
nationalen Willen aufnimmt. Unter keine darf nicht nur  
innerhalb unserer Grenzen einen guten Klang haben. Alle  
großen Nationen müssen einen guten Klang haben, wo  
ihre Werte mit Furcht und Hoffnung überall dort genannt  
werden, wo Unrecht geschieht. Hier darf Deutschland nicht auf  
moralische Weltgeltung verzichten. Das heißt einen Ver-  
sicherungsfrieden anstreben. Als zweite Sicherungsmaßnahme  
ist es notwendig, daß wir unseren deutschen Orga-  
nismus so gesund und widerstandsfähig wie  
möglich machen. An und für sich sind alle Vorbereitungen  
dafür gegeben. Hinter uns liegt eine nationale Erhebung  
ohne gleichen, eine gemeinsame Krisenstimmung, gemein-  
sames Leben und unerhörte Erlebnisse von Gefahr und  
Errettung, wie sie ein Volk zusammenschweißen müßten.  
Selbst wenn es keine so einheitliche Struktur anwiese wie  
das deutsche. Aber es sind keine Kräfte am Werk, die den  
deutschen Organismus lockern wollen, Kräfte, die sich in  
den Dienst der diplomatischen Offensive stellen, die  
die unsere Feinde sich rühmen zur Erinnerung unserer  
„Frontfront“ unternehmen zu haben. Ich denke zunächst an  
die Gruppen, an denen die Gesinnung des 4. Aus. wirt-  
schaftslos vorübergegangen ist, die Ruhr u. Saar an der  
Zeit sind, den Gläubigen an die Veremittlung der deutschen  
Sache zu zerstören u. im In- u. Ausland Deutschland ins  
Unrecht zu setzen. Verzagende und verbitterte Elemente,  
aber sich angegeschlossen, wie das ja bei einer so langen  
Dauer des Krieges unvermeidlich war. Aber die große  
Masse des arbeitenden deutschen Volkes wehrt sich mit einem  
starken und gesunden Instinkt gegen den Verlust, Deutsch-  
lands Verteidigungskraft zu schwächen. Darum bedauere  
ich die Agitation, die darauf hinzielt, breite Schichten un-  
serer Bevölkerung als unpatriotisch zu brandmarken und zu  
isolieren. Ueber die Kriegsziele muß in jedem Lande  
hart geschrieben werden. Aber ich möchte jede Gelegenheit  
ergreifen, um zu wiederholen, was ich in Narbonne ausgespro-  
chen habe: Wir müssen aufhören, bei unseren inneren  
Auseinandersetzungen bei dem politischen Gegner immer  
noch unpatriotischen Motiven zu suchen. Solche Anklagen  
werden nicht laut werden, sei es auch nur als Waffe im  
Wortkampf. Das ist eine Versündigung gegen die Front  
und an der Gesinnung, die dort herrscht. Dort stehen alle  
Tage Menschen gemeinsam und in vollem Vertrauen zu  
einander ihr Leben ein, deren Kriegsziele aufeinander oft  
weit auseinandergehen. Kein Laugländer darf abseits  
stehen bei der Aufgabe, dieses gemeinsame Volksgesühl  
auch in der Heimat lebendig zu halten; sonst gefährden  
wir unsere Immunität gegen die östliche Anfechtung. Vor  
mir liegt ein englisches Zeitungsblatt, das berichtet, daß  
die englischen Gewerkschaften den alten Toryführer Lord  
Lansdowne um einen Vortrag gebeten haben. Die Ver-  
ständigungsbereitschaft der alten Parteien ist aber auch bei  
uns eine nationale Forderung. Die dritte und wirksamste  
Abwehrmaßnahme wäre natürlich der Friede.

Ich fragte den Prinzen, wie er über die Aussichten  
eines allgemeinen Friedens denke. Er antwor-  
tete: Der Schlüssel der Lage liegt bei den angeklag-  
ten Völkern. Es ist hier sehr schwer, klar zu sehen.  
Die Ansichten lauten widersprechend. Ich will der An-  
wort nicht vorgehen, die der Reichskanzler dem Präsi-  
denten Wilson geben wird. Nur darauf will ich hinweisen:

Die verschiedenen Staaten haben kein Wunsch, sich in euro-  
päische Angelegenheiten zu mischen oder als Schlichter in euro-  
päischen Streitigkeiten zu fungieren. Sie werden es gern tunnehmen,  
wenn man ihnen verständlich macht, daß die Lösungen, die sie vor-  
geschlagen haben, nicht die besten und dauerhaftesten sind. Es sind  
bestenfalls ihre eigenen französischen Stützen der Grundzüge und der  
Art, in der sie angenommen werden.

Diese Worte sind bedeutungsvoll. Alles wäre  
wornen, wenn einmal die Völker so weit wären, zueinander  
zu sprechen ohne Anspruch auf Unfehlbarkeit, vielmehr in  
einer hohen Gesinnung. Die amerikanischen Zel-  
lungen geben ein anderes Bild als Präsident Wil-  
sons Rede. Es ist, als ob Neuter sein ganzes abgenutztes  
Nehmalerial den Amerikanern zur Verfügung gestellt hätte.  
Die Kriegskühnheit, die aus der amerikanischen Presse  
spricht, erinnert an die Stimmung in den Ententeländern  
in den Jahren 1914 und 1917. Ueber die heutige en-  
gliche Auffassung ist es ebenfalls schwer, sich eine klare  
Tatbestandsaufnahme zu machen. Lord Northcliffe und  
Neuter halten es für ihre vornehmste Aufgabe, Deutsch-  
land nur das England zu zeigen, in dem es nur einen  
Kampf auf Leben und Tod geben kann. Gewiß, auch  
andere Stimmen schallen herüber, aber die eigentlich ent-  
scheidende Frage bleibt: Wie ist das Kräfteverhältnis der  
widerstehenden Richtungen? Diese Frage vermag ich  
nicht zu beantworten. Eines steht fest: Der Versailler  
Kriegsrat proklamiert noch einmal die Entscheidung nur  
durch Waffengewalt. Es liegen monche bedenklichen Pa-  
rallelen vor zwischen der Situation Ende 1916 und heute.  
Auch damals gab es in England starke Strömungen —  
die Morning Post enthielt sie. Sie reichten bis in das  
Kabinett hinein, ja sie nannten die Namen ihrer Expo-  
nenten, die einen Frieden durch Unterhandlungen  
begünstigten, natürlich nur einen Frieden, der sich mit der  
Ehre und Sicherheit Englands vereinigen ließ. Lloyd Ge-  
orge sah keine große Offensive bedroht, auf die er sich als  
Kriegsminister so freute, und hielt die Knod-out-Rede, die  
die Kriegleidenschaften aller Länder zu solcher Höhe auf-  
rief. So kam die Campagne von 1917 zustande. Heute  
gibt es wieder Männer aller Parteien in England, die nach  
einem Ausweg sich umsehen. — Eine öffentliche Aussprache  
zwischen Staatsmännern war schon im Gang wie 1916, in  
den Auseinandersetzungen zwischen Grey und Bethmann  
über die Friedensliga. Da tritt der Versailler Rat zu-  
sammen und stößt den Verhandlungsgedanken zurück, und  
England setzt sich für die Wiedereroberung Elbeh-Botfi  
rigens ein.

Ich wandte hier dem Prinzen ein, es sei von neutraler  
Seite mehrfach darauf hingewiesen worden, daß Lloyd  
George sich gewandelt hätte er hätte in Bezug auf Elbeh-  
Botfi das Wort reconsideration & outances, die in der  
Forderung der Rückgabe entfallen war. Der Prinz ant-  
wortete: Auch mir sind derartige Heilungssymptome von  
neutralen Fremden angezeigt worden. Ich wurde auf die  
Rede vor den Gewerkschaften und auf die frühere Glasgow-  
wer Rede verwiesen, in der er die Kolonien zur Verfügung  
einer Konferenz stellen wollte. Mir fehlte gleich der Glaube  
Lloyd George ist nun einmal in der Weltgeschichte als der  
Exponent des Knod-out-Militarismus mit unerbittlichem  
Vernichtungswillen gezeichnet. Wenn ein solcher Mann  
plötzlich eine Brücke zum Gegner zu suchen scheint, stellen  
sich unvermeidlich zwei Deutungen ein. Die erste: Eng-  
land ist so schwach, daß Lloyd George eine weitere Fort-  
setzung des Krieges nicht auf sich nehmen will. Oder aber:  
Lloyd George will zur Erleichterung des Krieges, dessen  
Fortsetzung er wünscht, die deutschen und englischen An-  
hänger des Verständigungsfriedens beidnen. Ich habe die  
erste Deutung gleich abgelehnt. Diese Witterung von Zwi-  
schen der Schwäche beim Gegner gehört zu den Illusionen,  
die immer wieder von neuem den Krieg verlängern. Wie  
oft hat der Feind nicht schon in Deutschland Anzeichen des  
unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruchs gesehen? Ich  
will nicht in denselben Fehler verfallen. Die moralischen  
Kräfte einer Nation, deren Krieg ein Volkskrieg ist,  
sind nahezu unerschöpflich. Aber die zweite Deutung der  
Lloyd George hatte ich für zutreffend. Die Ver-  
hältnisse haben mir recht gegeben. Lloyd George hat sich  
für ein paar kurze Wochen den Schauplatz des Pazifisten  
umgeworfen, um sich bei erster Gelegenheit mit unzeit-  
licher Hast des lästigen Kleidungsstücks zu entledigen.  
Wie läßt sich sonst die große Eile erklären, mit der in Lon-  
don und Versailles operiert wurde? Lord Robert Cecil  
hat nicht einmal abgewartet, bis er Herings Rede gelesen  
hatte, ehe er sie als unannehmbar Watts erklärte. Und da-  
bei war ihr Hauptprogramm 1. Die Negriat des  
Staatsgebietes Deutschlands und seiner Ver-  
bündeten, sowie grundsätzlicher Verzicht auf Wirt-  
schaftskrieg; 2. die gewalttätige Einverleibung der er-  
oberen Gebiete liegt nicht in Deutschlands Absicht; über  
alles andere sind wir bereit zu verhandeln. — Aber ge-  
rade verhandeln wollen die Gegner nicht. Diese  
Angst vor dem Verhandlungswort liefert einen untrüglichen  
Beweis auf die Kriegsziele, die die feindlichen Regierun-  
gen anstreben. Wer Vertrauen hat, daß seine eigenen An-  
sprüche vor seinem Volk bestehen können, der kann das Mi-  
ßtrauen der Verhandlungen auf sich nehmen, denn er kann nach  
dem Scheitern von neuem an sein Volk herantreten und es  
auffordern, nun mit Waffengewalt für die Ziele zu kämp-  
fen, die sich durch die Schuld des Gegners auf dem Weg der  
Verhandlungen nicht durchsetzen ließen. Nur wer fürchten  
muß, daß die Verhandlungen die Unsauberkeit der eigenen  
und die Sauberkeit der feindlichen Forderungen bloß-  
legen, der muß eine Konfession scheuen, wie der Schuldige  
die Gerichtsverhandlung. So haben sich denn Lloyd  
George und Clemenceau für die Campagne von 1918  
entschieden. Das Verantwortungsgefühl gegenüber der  
Menschheit hätte gefordert, daß man die Hölle in diesem  
Jahre nicht noch einmal löschte, bevor der christliche Versuch  
gemacht war, ob nicht die Differenzen zwischen den Krieg-  
führenden schon soweit geschwunden sind, daß Verhandlungen  
sie überbrücken können. Ich halte es für möglich, ja  
für sehr möglich, daß dieser Versuch gescheitert wäre, aber  
von jedem gewissenhaften Menschen wäre eine ungeheure  
Last genommen. Man hätte Klarheit bekommen. In ge-  
wissem Sinne hat man ja auch jetzt Klarheit: Die Mensch-  
heit soll in die Campagne dieses Jahres eintreten, die die



Ich frage den Prinzen, ob ihm Passabücher Rede nicht einen Ausweg zu weisen scheint. Er antwortete: Das Wort vom lauterem Frieden hat einen guten Klang. Der Gedanke ist richtig, daß als Vorarbeit zum Frieden eine Einigung über gewisse allgemeine Ziele erreicht werden muß, Ziele, die sich aus der Fülle der Sonderbestrebungen herausheben, die nicht irgend einer Nation gehören, sondern gewissermaßen allen Völkern, Jede öffentliche Diskussion ist ihnen förderlich.

1. Ich will anfangen mit einer Forderung, die in der Geschichte des deutschen Volkes wurzelt: Die Freiheit der Meere. Das Prinzip, das der Freiheit der Meere zu Grunde liegt, besagt, daß den Nichtkombattanten zu Wasser und zu Lande die Leiden des Kriegs erspart werden sollen. Es darf kein neuer Hungerkrieg mehr geführt werden. Die Sicherstellung der Freiheit der Meere würde mehr bedeuten als eine humanere Gestaltung kommender Kriege. Sie wäre eine Friedensgarantie, denn die Aussicht, strafflos die Seemacht mißbrauchen zu können, ist eine der größten Versuchungen zum Krieg.

2. Die Welt darf nicht in zwei Mächtegruppen gerissen werden, die sich mit Rüstungen überbieten. Und muß das Ziel sein, das der Reichskanzler im November 1916 ausgenommen hat, das Ziel der Zusammenarbeit der Völker zur Verhinderung künftiger Kriege. Aber die moralischen Voraussetzungen sind hierfür erst gegeben, wenn ein Gesinnungsumschwung im Leben der Nationen eintritt, wenn die Völker aus dem Gegenüberstand zu einem Miteinander streben.

3. Das erste Zeichen dieses Gesinnungsumschwungs wäre das allseitige Bekenntnis zum Handelsfrieden. Der Frieden darf nicht zu einer Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln werden.

4. Auch die farbigen Völkernationen dürfen nicht nur als Mittel zum Zweck angesehen werden. Ihr Selbstwert muß anerkannt werden, wie es gefordert worden ist. Die Entschlebung Amerikas muß nach Grundrissen des Verantwortungsbewußtseins gegenüber der schwarzen Rasse und des Solidaritätsbewußtseins der weißen Rasse vor sich gehen. Diese Ziele sind Menschheitsziele. Sie werden sich unaufhaltsam in allen Ländern durchsetzen. Wer zu ihnen steht, wird Sieger sein. Wer sie verleugnet, wird unterliegen.

## Baden.

(-) Karlsruhe, 15. Febr. Die Kammer führte heute die Beratung des Voranschlags der Verkehrsanstalten zu Ende. Der neue Generaldirektor Staatsrat Schulz antwortete auf verschiedene Wünsche. Er betonte, daß die Wiedereinführung eines Nachtzugs auch der Staatsbahnverwaltung sehr erwünscht wäre. Die gegenwärtigen Verhältnisse würden das noch nicht gestatten, sobald aber die Möglichkeit vorhanden sei, werde der Wunsch erfüllt werden. Auch sei beabsichtigt, die Vorstände der Bezirksstellen, sobald es die Zeitverhältnisse erlauben, zu einer Sitzung nach Karlsruhe zu berufen. Die Eisenbahnverwaltung werde sich nicht von politischen Rücksichten leiten lassen. In einer Verminderung des Abmangels der Betriebskrankenkasse werde die Eisenbahnverwaltung, wenn es anständig erscheine, beitragen.

Oberbaurat Courtin bemerkt zur Frage der Elektrifizierung der Eisenbahn, daß im Hinblick auf die außerordentliche Verkehrssteigerung ernste Bedenken gegen die Einführung des elektrischen Betriebs im großen Maßstab bestehen. Abg. Stöckinger (Soz.) führte aus, daß die zahlreichen Eisenbahnunfälle auf die übermäßigen Zugverschnügelungen zurückzuführen seien. Die Eisenbahn sollte nicht zu fiskalischen Zwecken ausgenutzt werden. Nach kurzen Ausführungen von verschiedenen Abgeordneten, wandte sich Abg. Weiß (Zentr.) gegen die Aufhebung der Dampfschiffverkehrsverwaltung in Konstanz und ihre Vereinigung mit der Güterverwaltung. — Abg. Belfer (Zentr.) trägt Wünsche der bad. Feldbahnenbeamten und Arbeiter vor, die sich beklagen, daß sie bei der neuen Feuerungsanlage leer ausgehen. Finanzminister Dr. Heineboldt führte zu der Veranbarung von Eisenbahngütern aus, daß in Friedenszeiten die bad. Eisenbahnverwaltung 100 000 Mt. für Entschädigungen bezahlen mußte; die Summe sei jetzt auf 450 000 Mt. gestiegen. Die Zunahme der Diebstähle liege nicht allein

in der Not der Zeit, sondern auch an dem minderwertigen Personal. In der Degeneration des Eisenbahnverkehrs werde nichts wesentliches geändert. Die Aufhebung der Dampf schiffverkehrsverwaltung in Konstanz gehöre in das Kapitel der Vereinfachung der Staatsverwaltung.

Der Antrag der Fortschritt. Volkspartei, betr. Vorlage eines Gesetzesentwurfes, wonach die Eisenbahntarife der Zustimmung der Stände unterliegen, wird angenommen. — Nächste Sitzung: Dienstag, den 19. Febr., Tagesordnung: Eisenbahnen.

(-) Karlsruhe, 14. Febr. Der Staatssekretär des Reichsjustizministeriums, Dr. Krause, ist hier eingetroffen und am Vormittag vom Großherzog empfangen und zu Frühstückstafel gezogen worden. Am Nachmittag folgte er einer Einladung des Ministers des großherzoglichen Hauses und des Außen, Dr. Düringer zum Tee. Am Abend wird er nach Darmstadt abreisen.

(-) Karlsruhe, 15. Nov. Der Staatssekretär des Reichskolonialamts Dr. Solf wird in der hiesigen Abteilung der Deutschen Kolonialgesellschaft einen Vortrag über Kolonialfragen halten.

(-) Weinheim, 15. Febr. Auf dem hiesigen Friedhof wurde gestern nachmittag bei einem Lebnungsstuge in der Heimat tödlich verunglückte 21jährige Fliegerleutnant Karl Friedrich Däublin, Sohn des hiesigen Dekans Däublin, unter großer Teilnahme aus allen Schichten der hiesigen Bevölkerung zur ewigen Ruhe beigesetzt.

(-) Baden-Baden, 15. Febr. Der frühere Verleger des „Badenblatt“ und des „Badener Tagblatt“, Menthe Ernst Köhlin, der Vater des Landtagsabg. Köhlin, ist im Alter von 72 Jahren aus dem Leben geschieden.

(-) Freiburg, 15. Febr. In dem Wald in Wildtal an dem Landwirt Maier melden die Freiburger Wälder die Verhaftung zweier Personen, die unter dem Verdacht stehen, die Tat verübt zu haben. Die Annahme, daß Maier erschossen worden ist, hat sich lt. „Freib. Stg.“ als irrig herausgestellt. Der bedauernde Mann ist mittels einer dreizähligen Gabel erschlagen worden. Die Umstände lassen darauf schließen, daß zwischen dem Getöteten und den Mördern ein Kampf stattgefunden hat. Ein größerer Gelddertrag wurde in seiner Wohnung gefunden, der den Tätern jedenfalls entging.

(-) Engen, 15. Febr. In einem benachbarten Gehäusort starb ein alter Mann. Kurz vor seinem Tode, als er nicht mehr gut sprechen konnte, gab er durch Zeichen und Gebärden zu verstehen, man möge ihn zu dem im Wäldchen befindlichen Raschlofen verbringen. Dort zog der sterbende Mann mit zitternden Händen aus einem losen Raschlofen 700 Mt. in blanken Goldstücken. Der Mann starb wenige Minuten nach dieser Goldübergabe, nachdem er noch verständig zu machen versuchte, daß auch noch Silber auf dem Speicher versteckt sei. Bis heute konnte aber der Schlüssel zum Raschlofen trotz angestrengtem Suchen nicht auffindig gemacht werden, dagegen ist man auf Papiergeld noch gefolgt.

(-) Vom Bodensee, 14. Febr. (Schiffsunfall) Der badische Salondampfer „Stadt Ulm“ ist gestern früh kurz vor 8 Uhr unweit der Station Zinnenloden infolge unglücklicher Wetterverhältnisse aufgefahren. Einem von Konstanz herbeigekommenen Hilfsdampfer gelang es, das Schiff wieder frei zu bekommen, ohne daß es Schaden genommen hätte.

## Württemberg.

Stuttgart, 16. Febr. (Aufhebung des Versammlungsverbot.) Das anlässlich der Ausschreitungen bei den Versammlungen der Vaterlandspartei vom 20. Januar ds. Js. vom stellv. kommandierenden General erlassene Verbot aller öffentlichen Versammlungen zur Erörterung politischer und militärischer Angelegenheiten im Stadtdirektionsbezirk Stuttgart, sowie in den Oberamtsbezirken Stuttgart-Amt, Cannstatt, Ludwigsburg und Eßlingen ist mit Wirkung vom 15. Februar ds. Js. wieder aufgehoben worden.

(-) Stuttgart, 16. Febr. (Hausmann gegen Haug.) Die Strafsache gegen den Geschäftsführer der Vaterlandspartei, Professor Haug hier (früher Hauptredakteur des „Staatsanzeigers“), wegen Beleidigung des Reichs- und Landtagsabgeordneten Konrad Haugmann

kommt am 27. Februar ds. Js., voraussichtlich 9 Uhr, vor der Strafkammer I des Stuttgarter Landgerichts zur Verhandlung.

(-) Giengen a. Br., 16. Febr. (Zurückbare: Tod.) Freitag früh wurde die 38 Jahre alte Mäherin Anna Maria Edelmann von ihren beiden Geschwister in der Küche völlig verbohrt aufgefunden. Sie hatte sich vermutlich mit Essöl übergeben und dann angeknipst. Zuricht vor Strafe soll die Unglückliche in den Tod getrieben haben.

(-) Walen, 16. Febr. (Hohes Alter.) Im Laufe dieser Woche sind die beiden ältesten Personen der Stadt gestorben, die Witwe Christiane König und der Privatier und frühere Metzgermeister Kaspar Widmann. Beide haben ein Alter von 92 Jahren erreicht.

(-) Oberndorf, 16. Febr. Die den kriegswichtigsten Industriezweigen angehörende Bevölkerung des Bezirks wird jetzt durch Vermittlung des Kriegsministeriums mit Schutzwaffen versorgt.

(-) Vom Schwarzwald, 16. Febr. (Erschütterndes Ende.) Der 48 Jahre alte Holzhaue Gordon Schrempf und der 61 Jahre alte Felix Schmid, beide von Nippoldsbau, waren zwischen Zwieselberg und Nippoldsbau mit Holzrücken beschäftigt, als plötzlich von einem zu Tal fallenden Stamm ein Solitär sich ablöste, der die beiden so unglücklich an die Köpfe traf, daß der Tod eintrat.

(-) Ludwigsburg, 16. Febr. (Fliegerloos.) In Alter von 24 Jahren hat Flieger-Leutnant Reinhold Kaltenberg, Inhaber des Eisernen Kreuzes und der Goldenen Militär-Verdienstmedaille, am 12. Februar durch Wurf des Fliegerlotus erlitten.

(-) Waiblingen a. G., 15. Febr. (Hamsterei.) Wessern wurde eine Sendung von Guzweihungen nach Frankfurt a. M. beschlagnahmt, die 1 Zentner Bohnen 1/2 Zentner Erbsen und 1 Zentner Wehl enthielt.

(-) Kirchheim a. N., 15. Febr. (Niemendiebstahl.) Von der beim Bahnhofs stehenden, dem Christoph Weiß gehörigen Steinwaschmaschine wurden in der Nacht sämtliche Transmissionsriemen gestohlen. Sie haben einen Wert von mehreren tausend Mark.

(-) Volheim, O.N. Heidenheim, 14. Febr. (Stiftung.) Kommerzienrat Joeppey-Neubohlen hat anlässlich des 70. Geburtstages seiner Frau der Gemeinde eine Stiftung von 20 000 Mark zur Errichtung einer Kleinkinderschule gemacht.

(-) Ulm, 15. Febr. (Neuer Arbeitersekretär.) Nach Abfälliger Ausrufung hat der Schreiner Friedrich Jallscheer die Leitung des Ortsverbandes Deutscher Gewerkschaften niedergelegt. Sein Nachfolger ist Arbeitersekretär Vornholt.

(-) Ulm, 15. Febr. (Diebstahl.) In der Käserei von Alois Bräule in Laubach wurden zwei Ztr. verpackter Käse, einige offene halbe Käse, 80 Pfund Butter und etwas Margarine gestohlen. In der Käserei von Franz Strohmaier in Ingeltingen, O.N. Badsee, erbeuteten Diebe 90 Pfund Butter und in zwei weiteren Käsereien wurden schwere Einbruchsdiebstähle verübt. Es ist anzunehmen, daß die Einbrüche von einer organisierten Diebesbande mit Fahrwerken ausgeführt worden sind.

(-) Taillfingen, O.N. Volingen, 15. Febr. (Traurige Folgen.) Dem armen Jungen, der bei der Explosion einer Sprengkapsel verunglückte, mußten in der Klinik in Tübingen die linke Hand und sämtliche Finger der rechten Hand abgenommen werden.

(-) Stuttgart, 15. Febr. (Die Erste Kammer.) Der Vorstand des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbands stellte die Forderung auf, daß bei der Umformung der Ersten Kammer in Württemberg auch die Privatangestellten eine entsprechende Vertretung in der Kammer finden müssen.

(-) Stuttgart, 15. Febr. (Unfall oder Selbstmord?) Heute Nacht wurde in der Augustenstraße ein 18 Jahre altes Dienstmädchen auf dem Gehweg tot aufgefunden. Die Unglückliche ist zum Fenster eines oberen Stockwerks herabgestürzt.

Druck u. Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei, Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst.

## Schuhe und Stiefel.

Der Stadtgemeinde ist eine kleine Menge früherer Militärschuhe und -stiefel zur Abgabe an bedürftige Männer zur Verfügung gestellt worden. Diejenigen, welche Anspruch hierauf machen wollen, haben sich bis Dienstag, den 19. Februar 1918 auf dem Rathaus statt. Die Loszettel werden den durch die Verlosung ermittelten Empfängern einige Tage nach der Verlosung zugestellt.

Stadtschultheißenamt Wildbad.

## Bekanntmachung.

### Die Brennholz-Verlosung,

#### 2. Ration.

von 108 Losen aus den Stadtbezirken III Sommerberg, und IV an der Linde, findet am **Dienstag, den 19. Februar 1918** auf dem Rathaus statt. Die Loszettel werden den durch die Verlosung ermittelten Empfängern einige Tage nach der Verlosung zugestellt.

Wildbad, den 16. Februar 1918.

Stadtschultheißenamt Wägen.

## Eier-Abgabe.

Für Lebensmittelkarte Nr. 21 wird auf die Lebensmittelkarte Nr. 1 bis 260 pro Person 1 Ei abgegeben.

Abgabe am **Dienstag** mittags 12 Uhr.

Stadtschultheißenamt Wildbad.

## E. Weber's Familienthee,

per Paket 50 Pfennig.

empfeht

H. Treiber.

## Gothaer Feuerversicherungsbank auf Geisenseitigkeit.

Im Jahre 1821 eröffnet.

Der Ueberschuß des Geschäftsjahres 1917 beträgt für die Feuerversicherung:

**72 Vom Hundert**

der eingezahlten Beiträge, für die Einbruchdiebstahl-Versicherung gemäß der niedrigeren Einzahlung ein Drittel des vorsehenden Satzes, 24 Vom Hundert.

Der Ueberschuß wird auf den nächsten Beitrag angerechnet, in dem im § 11 Abs. 2 der Banksatzung bezeichneten Fällen bar ausbezahlt.

Auskunft erteilt bereitwilligst die unterzeichnete Agentur.

Wildbad, im Februar 1918.

Rektor Eppler.

## Bannenbäder.

### Villa Jungborn.

Tel. 109.

Tel. 109.

Ohne Nachzahlung zu 9 Ziehungen gültig.  
Erste Württg. Säuglingsfürsorge-  
**Geld-Lotterie**  
1. Ziehung 21. Febr. 1918.  
425 Geldgewinne Mark  
**80000**  
2. Ziehung 21. Febr. 1918.  
425 Geldgewinne Mark  
**51000**  
Hauptgewinne Mark  
**25000**  
**10000**  
Lospreis 2 M., 6 Lose 11 M., 11 Lose 20 M.  
— Porto und 2 Listen 50 Pfg. —  
Nachnahme 20 Pfg. mehr. In allen Verkaufsstellen und Generalvertrieb  
J. Schwoickert, Stuttgart  
Marktstraße 6.  
Ohne Nachzahlung zu 9 Ziehungen gültig.

Waschmittel  
„Burnus“  
wäscht Wäsche wunderbar.  
Zu haben in Paketen a 25 Pfg. bei  
Carl Wilt, Gott.

## Evang. Kirchenchor.

Heute abend 8 Uhr  
Singstunde.

Hauptgewinn 2500 M.  
Heute letzter  
Verkaufstag  
von  
Böhlfabrik-Lotterie-  
Losen.  
Ziehung 21. Februar  
und 12. April.  
Jedes Los  
für 2 Ziehungen gültig.  
Lose a 2 Mark,  
imigarrenspezialhaus  
Chr. Schmid u. Sohn.

## Kautschuk- Stempel

empfeht G. W. Boff.

## Reisig-Besen

Wilhelm Rath.